

Presseinformation

244/10

Kiel, 31. August 2010

Björn Thoroë zum Antikriegstag am 1. September: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“

Kiel. Seit den Fünfzigerjahren wird am 1. September traditionell der Opfer von Krieg und Nationalsozialismus gedacht. Dieses Jahr rufen zivilgesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften und Parteien zur Demonstration anlässlich des Antikriegstages auf. Die Demonstration beginnt am Mittwoch (1.9.) um 18.00 Uhr auf dem Asmus-Bremer-Platz in Kiel.

„Der 1. September ist nicht nur ein Tag der Mahnung gegen Krieg, Faschismus und Nationalsozialismus, sondern muss auch ein Tag des Widerstands und des Protestes sein“, sagte Björn Thoroë, der konversionspolitische Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion. „Heute führt die Bundeswehr wieder Kriege in aller Welt. In wenigen Tagen jährt sich der Angriff auf einen Tanklaster bei Kunduz, bei dem auf Befehl eines deutschen Offiziers mehr als hundert Zivilisten – Frauen und Kinder – ums Leben gekommen sind. Der blutige Einsatz militärischer Gewalt zur Durchsetzung ökonomischer Interessen soll wieder salonfähig gemacht werden. DIE LINKE wird auch weiterhin entschiedenen Widerstand gegen diese fatale Entwicklung leisten und dabei mit allen Menschen zusammenarbeiten, die sich ebenfalls für Frieden und Gewaltfreiheit einsetzen.“

Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure der Welt. Hiesige Rüstungskonzerne machen jährlich Milliardenprofite, sie verdienen an jedem bewaffneten Konflikt und jedem Wettrüsten auf der Welt – etwa in Afrika, im türkisch-kurdischen Konflikt oder auf dem indischen Subkontinent – kräftig mit. Die kriegstechnische Industrie in Schleswig-Holstein verzeichnete im Jahre 2009 Rekordlöse. Über so genannte „Jugendoffiziere“, die in Schulen und Jobcentern eingesetzt werden, sollen junge Menschen für die Bundeswehr rekrutiert werden. Eine schleichende Militarisierung der Gesellschaft ist in vollem Gang. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass am Antikriegstag viele Menschen auf die Straße gehen, um ein deutliches Zeichen gegen eine Normalisierung Kriegszustandes und für aktive Friedenspolitik zu setzen“, so Thoroë.